

# KEIN STEUERGELD FÜR GLYPHOSAT!

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, fordern die österreichische Bundesregierung auf, Umweltförderungen für landwirtschaftliche Betriebe im zukünftigen Agrarumweltprogramm an den Verzicht auf Glyphosat zu knüpfen.

Diese Maßnahme\* ist im Rahmen der österreichischen Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik einfach realisierbar, sie ist aus Umweltsicht gut argumentierbar, sie steht in Einklang mit geltendem EU-Recht und sie unterstützt die Erreichung des [50 % Reduktionsziels](#) für die Verwendung und das Risiko von Pestiziden im Rahmen des europäischen Grünen Deals.

Vor allem aber führt sie zu einer signifikanten Reduktion der Verwendung von Glyphosat in Österreich und trägt somit dem breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens für ein österreichisches Glyphosatverbot Rechnung:

Wir erinnern daran, dass Bundeskanzler Sebastian Kurz im Dezember 2017 als eine der ersten Maßnahmen der gemeinsamen Regierungsarbeit mit der FPÖ den schrittweisen [Ausstieg aus Glyphosat](#) angekündigt hatte. Wir erinnern daran, dass alle [Parlamentsparteien](#) mit Ausnahme der ÖVP im Juli 2019 für ein österreichisches Glyphosatverbot gestimmt hatten. Und wir erinnern daran, dass eine überwältigende Mehrheit von [93 %](#) der ÖsterreicherInnen laut aktueller Umfrage das Glyphosatverbot unterstützt.

Dem daraus resultierenden demokratiepolitischen Auftrag wird die Regierung aufgrund von Untätigkeit nicht gerecht. Ebenso wenig zielführend sind die [laut Medienberichten](#) geplanten Teilverbote, die die Landwirtschaft ausklammern, und einzig private und kommunale Anwender von Glyphosat in die Pflicht nehmen. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, ehestmöglich den Verzicht auf Glyphosat zur Voraussetzung für den Erhalt von Agrarumweltförderungen aus öffentlichen Geldern zu machen. Förderungen aus der öffentlichen Hand sollten im Interesse der Allgemeinheit eingesetzt werden, sodass Umwelt, Artenvielfalt, KonsumentInnen und LandwirtInnen gleichermaßen und nachhaltig davon profitieren.



\* Als Voraussetzung zur Teilnahme am Agrarumweltprogramm (ÖPUL) ließe sich diese Maßnahme als „Verzicht auf glyphosathaltige Pflanzenschutzmittel“ bzw. „Verzicht auf Totalherbizide“ im sogenannten Basismodul (UBBB) verankern.